

# ed



Deutsche Sozialversicherung  
Europavertretung | DSV

Ausgabe 2/2023



**Bismarck on the move:  
Get digital. Go green.**

## Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr ist nicht nur der Binnenmarkt 30 Jahre alt geworden. Die Europavertretung der deutschen Sozialversicherung in Brüssel feierte ebenfalls ihren dreißigsten Geburtstag. Wir haben die Jubiläen zum Anlass genommen, uns im Rahmen einer hochrangig besetzten Fachkonferenz mit zwei großen gesellschaftlichen Entwicklungen und ihrer Bedeutung für die Sozialversicherung auseinanderzusetzen: Die Digitalisierung und der Klimawandel.

Sie wissen, dass wir uns schon länger mit diesen Themen befassen. Im Rahmen unserer Veranstaltung „140 Jahre Sozialversicherung – 30 Jahre Binnenmarkt: „Bismarck on the move: Get digital. Go green.“ haben wir neue Erkenntnisse sammeln können. Diese möchten wir gerne mit Ihnen teilen.

Wir stecken inmitten tiefgreifender, gesellschaftlicher Veränderungen. Der Klimawandel ist laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) die größte globale Gesundheitsbedrohung des 21. Jahrhunderts. Seine Folgen spüren wir schon heute. Sie haben einen unmittelbaren und starken Einfluss auf die sozialen Sicherungssysteme: das Gesundheitswesen, die Notfallversorgung, den Arbeitsschutz, nicht zuletzt auch auf die Rente mit ihren zahlreichen Kliniken oder in der beruflichen Rehabilitation. Dem werden wir uns stellen müssen.

Auch die Digitalisierung ist in vollem Gange. Sie verändert die Art und Weise, wie wir zukünftig lernen, arbeiten, wirtschaften, kommunizieren und unseren Alltag bewältigen. Die Digitalisierung betrifft nicht nur unsere betrieblichen Abläufe. Sie wird auch wesentlich dazu beitragen, die Arbeitnehmerrechte in Europa besser durchzusetzen, das System der Koordinierung der sozialen Sicherheit bürgerfreundlicher auszugestalten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insgesamt zu verbessern. Auch hier ist es an der Sozialversicherung, die sich stellenden Aufgaben proaktiv aufzugreifen und den Modernisierungsschub organisatorisch und praktisch abzusichern. Dazu muss die Sozialversicherung von Anfang an eng in die politischen und technischen Entwicklungen der relevanten EU-Initiativen eingebunden werden.

Die Europavertretung ist vor 30 Jahren in Brüssel gegründet worden, um miteinander ins Gespräch zu kommen, an praxistauglichen Lösungen mitzuarbeiten und Politik umsetzungsorientiert auszugestalten. Diese Botschaft geht auch von unserer Fachkonferenz aus. Dabei geht es sowohl um frühzeitige Kommunikation, damit Umsetzungsprobleme möglichst vermieden werden und technische Entwicklungen nicht auseinanderlaufen. Mit Blick auf den Klimawandel geht es aber auch darum, die Menschen in den anstehenden Veränderungs- und Anpassungsprozessen mitzunehmen, Perspektivlosigkeit und Fatalismus etwas entgegenzusetzen und Lösungswege aufzuzeigen.

Mit dem vorliegenden ed\* möchten wir unsere Leserinnen und Leser, die vielleicht nicht die Möglichkeit hatten, unserer Veranstaltung live zu folgen, an unseren Eindrücken teilhaben lassen.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Freude.



Ihre Ilka Wölfe

# Get digital.

## Aber bitte gemeinsam!

In der Pandemie war es der Leuchtturm schlechthin: Das digitale COVID-Zertifikat. Einfache Technik – großer Nutzen. Die Menschen in der Europäischen Union (EU) konnten wieder reisen und ihre Freizügigkeit genießen. Der Erfolg des Impfzertifikats lag darin, dass es von Anfang an ein gemeinschaftliches Projekt war. Und sein Nutzen unmittelbar spürbar war. Für jede und jeden Einzelnen.

Das gemeinschaftliche Handeln in der EU wird seit 1993 durch den EU-Binnenmarkt gestärkt. Mit Blick auf den technologischen Fortschritt prägte der ehemalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2014 den Begriff des „digitalen Binnenmarkts“. In der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vom 6. Mai 2015<sup>1</sup> hat die Europäische Kommission dann diese Idee konkretisiert. Zu ihren Kernforderungen gehörte ein besserer Online-Zugang für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen zu Waren und Dienstleistungen; auch öffentliche Dienstleistungen.

Kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie hat die Europäische Kommission ihre Vorstellungen für die „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“<sup>2</sup> nochmals vertieft und als Schlüsselmaßnahme die Interoperabilität zwischen den Behörden im öffentlichen Sektor hervorgehoben. Bereits hier wurde auf die Notwendigkeit einer anerkannten öffentlichen elektronischen Identität hingewiesen, damit EU-Bürgerinnen und Bürger ihre Daten und (öffentliche) Dienstleistungen sicher nutzen können.



Joost Korte, Generaldirektor der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission

**„Die Freizügigkeit ist eine Freiheit der EU-Bürger. Deshalb muss es für die 13 bis 15 Millionen Wanderarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer eine gute soziale Absicherung und gute, digitale Dienstleistungen geben.“**

<sup>1</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 6. Mai 2015, Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa, COM(2015) 192 final

<sup>2</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 19. Februar 2020, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, COM(2020) 67 final

Am 9. März 2021 hat die Europäische Kommission dann ihren digitalen Kompass 2030 vorgestellt.<sup>3</sup> Daraus resultierte das Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“. Eine der Kernaufgaben des Programms ist die Digitalisierung der öffentlichen Dienste und der Sozialversicherungen. Angesichts von etlichen Millionen von Wanderarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern soll eine reibungslose, digitale Kommunikation zwischen den Sozialversicherungsträgern in der EU sowie den Kunden gewährleistet werden.

<sup>3</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 9. März 2021, Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade, COM(2021) 118 final

Anders als beim digitalen COVID-Zertifikat sind die politischen Pläne der Europäischen Kommission recht abstrakt geblieben und (noch) nicht im Alltagsleben spürbar. Die zwischenzeitlich angestoßenen Initiativen zur Digitalisierung der sozialen Sicherheit lassen zudem nicht erkennen, stringent koordiniert zu sein. Erste gute Grundlagen sind aber bereits gelegt.

### Lehrstück EESSI

Für die Sozialversicherungen ist die grenzüberschreitende elektronische Kommunikation kein Neuland mehr. Mit der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wurde im Jahr 2010 die rechtliche Grundlage für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (European Exchange of Social Security Information – EESSI) geschaffen. Im Rahmen von EESSI können die europäischen Sozialversicherungsträger mittels Strukturierter Elektronischer Dokumente – SEDs – Informationen zu Einzelfällen elektronisch untereinander austauschen. Dazu mussten genaue Abläufe definiert werden, die sogenannten Business-Use-Cases (BUCs); insgesamt 99 an der Zahl. Auf dieser Basis können die europäischen Sozialversicherungsträger trotz aller Unterschiedlichkeit eindeutig, unmissverständlich und rechtssicher miteinander digital kommunizieren. Mittlerweile ist der überwiegende Teil der Mitgliedstaaten „EESSI-ready“. Der Weg dahin war lang, die Regelungstiefe wurde unterschätzt. Der belgische Vizepremierminister und Minister für Gesundheit und Soziales, Frank Vandenbroucke, machte in seiner Grundsatzrede auf der Jubiläumsveranstaltung der DSV deutlich, dass sein Land anlässlich der Ratspräsidentschaft 2024 den Einsatz von EESSI in der EU, den EWR-Staaten und der Schweiz nunmehr ganz zum Abschluss bringen wird.



Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund

„Die Sozialversicherung muss in Digitalisierungsprojekte frühzeitig eingebunden werden, damit von Anfang an und in europäischer Kooperation gemeinsame, kompatible Lösungen entwickelt werden können. EESSI hat deutlich gemacht, wie wichtig diese Kooperation ist, um wertvolle Zeit, Kosten und Ressourcen zu sparen.“

## Single Digital Gateway – Zugang für Bürgerinnen und Bürger

Der konsequente nächste Schritt ist, in die digitale Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürger, Sozialversicherungsträgern und Behörden einzusteigen. Das ist wichtig, denn die Koordinierungsvorschriften im Bereich der grenzüberschreitenden sozialen Sicherheit sind komplex, der Gang zur heimischen Verwaltung oft nicht möglich. Mit dem Single Digital Gateway (SDG) ist ein Portal geschaffen worden, auf dem Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Grundinformationen zum europäischen Recht finden, gezielt nationale Informationen abrufen und auf verschiedene Online-Dienste zugreifen können. Denn das europäische Portal ist mit den einzelnen mitgliedstaatlichen Portalen verbunden, in Deutschland mit dem Bundesportal. Das SDG findet man unter „Your Europe“.

## Digitaler Sozialversicherungsausweis und Europäische Identität

Der Europäische Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist nichts anderes als eine digitale Zusammenfassung wichtiger sozialversicherungsrechtlicher Dokumente wie der A1-Bescheinigung oder der EHIC. Der ESSPASS soll wiederum Bestandteil einer europäischen digitalen „Börse“ („wallet“) sein, die wiederum Teil eines Vorschlags der Europäischen Kommission für eine digitale Identität (eID)<sup>4</sup> ist. Denn jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger soll zukünftig über ein elektronisches Identifizierungsmittel verfügen, das für den öffentlichen, aber auch für den privaten Sektor gilt. Die eID kann damit künftig auch zur Identifizierung und Authentifizierung, zum Beispiel bei Internetzahlungen, online Konteneröffnungen etc. genutzt werden.

<sup>4</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität vom 3. Juni 2021, COM(2021) 281 final

### Single Digital Gateway

Das SDG-Portal erreicht man über die Website <https://europa.eu/youreurope>.

Dieses Portal wird sukzessive befüllt. Die deutschen Sozialversicherungsträger steuern hier Informationen zum nationalen Recht zu Arbeit und Ruhestand, zur medizinischen Versorgung, Informationen für Arbeitnehmer sowie zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz bei. An Online-Diensten sind unter anderem das portable Dokument A1 zum Nachweis der Sozialversicherung im Herkunftsland, die europäische Krankenversichertenkarte (EHIC) als Anspruchsgrundlage für die Krankenbehandlung im EU-Ausland und das Rentenanspruchsverfahren vorgesehen. Um dies möglich zu machen, müssen aber noch einige Grundvoraussetzungen erfüllt werden. Gebraucht wird ein digitaler Sozialversicherungsausweis und eine digitale Identität.



Dr. Carsten Stender, Abteilungsleiter für Europäische und Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

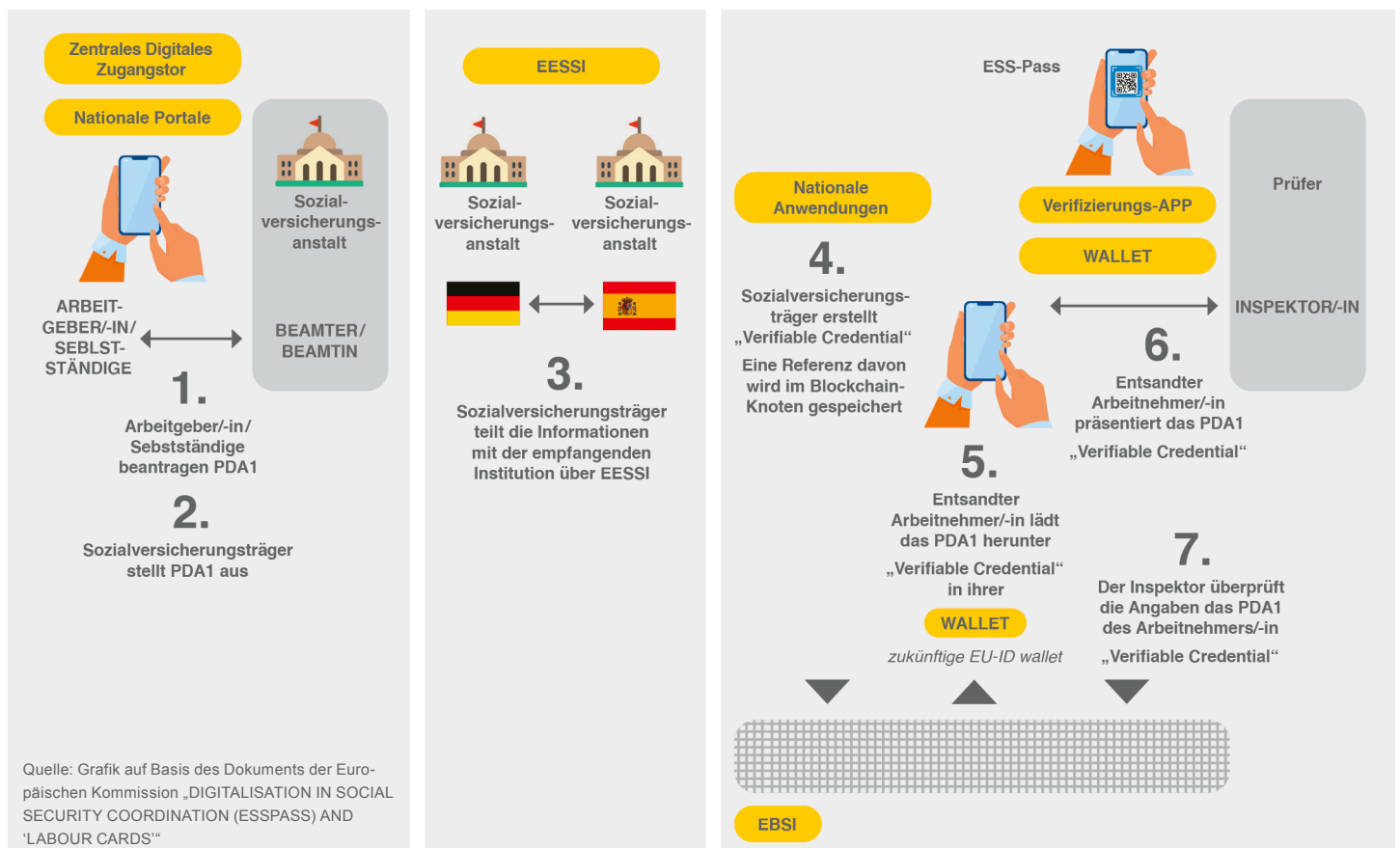
„Wir wollen den digitalen Sozialversicherungsausweis.“

Ein erstes Pilotprojekt von der Europäischen Kommission und dem italienischen Sozialversicherungsträger Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS), an dem sich auch die Deutsche Rentenversicherung Bund beteiligte, hatte gezeigt: Das A1-Verfahren ist komplett digital umsetzbar. Die Anwendung des digitalen Flows erfolgt nach dem unten abgebildeten Schema.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen arbeiten gegenwärtig zwei Konsortien mit jeweils unterschiedlichen Fragestellungen an der Weiterentwicklung der „wallet“. Im Bereich der sozialen Sicherheit soll nun konkret die digitale Umsetzung des A1-Verfahrens und der EHIC vorbereitet werden. Beim größeren Projekt „Digital Credentials for Europe (DC4EU)“ sind 80 Organisationen aus

20 Mitgliedstaaten plus Norwegen und die Ukraine beteiligt, bei „Verifiable Credentials and Trusted Organisations Registries (VECTOR)“ sind es 50 Partner aus ebenfalls 20 Ländern. Von der deutschen Sozialversicherung bringen sich der GKV-Spitzenverband und die Deutsche Rentenversicherung Bund ein. Als ein erster Meilenstein sollen bis Ende des Jahres Geschäftspläne entwickelt werden, welche die jeweiligen Prozesse von der Beantragung bis zur Verifikation im EU-Ausland in jedem Land abbilden. Das allein ist angesichts der Verschiedenheit der Länder mit ihren zum Teil sehr ausdifferenzierten Strukturen ein sehr komplexes Unterfangen. Parallel hierzu sollen auch bereits die Grundlagen für den zweiten Meilenstein, das „Onboarding“ der Sozialversicherungsträger sowie der beteiligten Behörden und Gesundheitseinrichtungen gelegt werden.

## Digitalisierung der sozialen Sicherheit



## Die Zukunft ist interoperabel

Die beiden Konsortien, aber auch die Erfahrungen aus dem EESSI-Projekt bestätigen, dass der digitale Binnenmarkt nur im Wege europäischer Kooperation entstehen kann. Denn der Teufel steckt im Detail. Bei der Unterschiedlichkeit der europäischen Systeme ist dies keine Überraschung. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, gut und eng zusammenzuarbeiten.

Mit nationalen, digitalen Alleingängen kommt man im grenzüberschreitenden Geschäft ohnehin nicht weit. Sie machen digital „sprachlos“. Deshalb hat die Europäische Kommission am 18. November 2022 einen Vorschlag für eine Verordnung über Maßnahmen für ein hohes Maß an Interoperabilität des öffentlichen Sektors in der Union vorgelegt. Zielsetzung ist die Schaffung eines Informationssystems für den öffentlichen Sektor, so dass nach dem Prinzip „best practice“ die Mitgliedstaaten mit- und voneinander lernen können, und miteinander ungehindert über kompatible Netz- und Informationssysteme kommuniziert werden kann. Insellösungen sollen verhindert werden.

## Mehr Ordnung im digitalen Dickicht

Trotz guter Ansätze im Einzelnen – mittlerweile ist auf europäischer Ebene in der Digitalisierung der sozialen Sicherheit ein nur schwer zu durchdringendes „digitales Dickicht“ entstanden. Hier Durchblick zu behalten, ist selbst für Insider nicht leicht.

Eine „gewisse Unordnung“ konstatierte auch der belgische Vizepremierminister und Minister für Gesundheit und Soziales, Frank Vandenbroucke. Belgien will sich deshalb während seiner Ratspräsidentschaft für klare Strukturen im Bereich der Digitalisierung der sozialen Sicherheit einsetzen. Die Europäische Kommission hat am 6. September



Gabriele Bischoff, Europaabgeordnete und Vizevorsitzende der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

„Die Systeme müssen miteinander kommunizieren können. Dazu muss nicht alles neu erfunden werden, man kann voneinander lernen. Wichtig ist, dass wir jetzt endlich gemeinsam den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen und die Möglichkeiten ausschöpfen, die uns die Digitalisierung bietet.“



Frank Vandenbroucke, belgischer Vize-Premierminister und Minister für soziale Angelegenheiten und öffentliche Gesundheit

2023 eine Mitteilung<sup>5</sup> veröffentlicht, um Ordnung in die digitale Informationsflut zu bringen. Will man die Menschen mitnehmen und für Akzeptanz sorgen, ist Ordnung und Transparenz auch dringend nötig. Anhand der A1-Bescheinigung und der EHIC sollten die Vorteile der Digitalisierung in der sozialen Sicherheit bald erlebbar sein.

## Go Green.

### Die Sozialversicherung im Klimawandel

Der Austausch von Best Practice ist auch von zentraler Bedeutung, um sich als europäische Gemeinschaft dem

<sup>5</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 6. September 2023 zur Digitalisierung der Koordinierung der sozialen Sicherheit: Erleichterung der Freizügigkeit im Binnenmarkt, COM(2023) 501 final

Klimawandel zu stellen. Patentrezepte für die richtige Antwort auf die Klimaveränderung und ihre Folgen gibt es nicht. Dennoch können aus der Vielfalt der sehr unterschiedlichen Ansätze in den verschiedensten Ländern gute Anregungen gewonnen werden, so Francesca Colombo (OECD).

Grundsätzlich stellen sich zwei parallele Herausforderungen: Zum einen die generelle Anpassung des Systems an den Klimawandel mit Blick auf neue Gesundheitsgefahren durch Hitze, Strahlung, Ausbreitung von Infektionserregern, Wetterkatastrophen und wachsender Angst. Zum anderen leistet der Sozial- und Gesundheitssektor einen bedeutenden Beitrag zum Problem selbst, indem er Treibhausgase direkt und indirekt freisetzt.

Zudem stellt sich ein Wissensproblem: Die Herausforderungen der Adaption an den Klimawandel und Lösungen zur Milderung der Klimabelastungen durch die Sozial- und Gesundheitssysteme sind bislang noch nicht ausreichend bekannt.

Und – Klimapolitik und Sozialpolitik sind bisher vorwiegend getrennt beforscht worden. Forschungslücken gibt es hinsichtlich der Umweltauswirkungen von Sozialleistungen oder der Resilienz sozialer Sicherungssysteme gegenüber Klimawandelfolgen. Einer difis-Studie zur Folge ist insbesondere auch der Bezug zwischen Klimawandelfolgen und Arbeitsschutz weitgehend unerforscht<sup>6</sup>. Forschungs- und Wissensdefizite bestehen hinsichtlich der Art und Weise, wie der Klimawandel geeignet zu adaptieren ist, der Verursachungsquellen der CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Wege, den CO<sub>2</sub>-Abdruck im Sozialbereich zu minimieren sowie vieler instrumenteller Maßnahmen-Wirkungs-Zusammenhänge.

<sup>6</sup> Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (difis): Klimasozialpolitik – Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik



Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes

„Wir benötigen generell Daten, wo die Hauptemissionen im Gesundheitswesen entstehen.“



### Wissenslücken und Datendefizite

Eines der Hauptprobleme: Es gibt keine systematische und hinreichend gezielte Datenerhebung von den klimabedingten Auswirkungen auf das Gesundheits- und Sozialwesen sowie den Emissionsquellen. Im Gesundheitswesen fehlen zum Beispiel Daten über die Klimabilanz von Arzneimitteln oder der Langlebigkeit von Medizinprodukten. Ähnlich sieht es beim Arbeitsschutz aus. Zwar gibt es mittlerweile zahlreiche internationale Forschungsarbeiten zum Ausmaß und der gesundheitlichen Betroffenheit von Beschäftigten durch den Klimawandel. Was jedoch fehlt, sind Daten mit konkretem Bezug zum Arbeitskontext. Dies gilt insbesondere auch für Deutschland<sup>7</sup>.

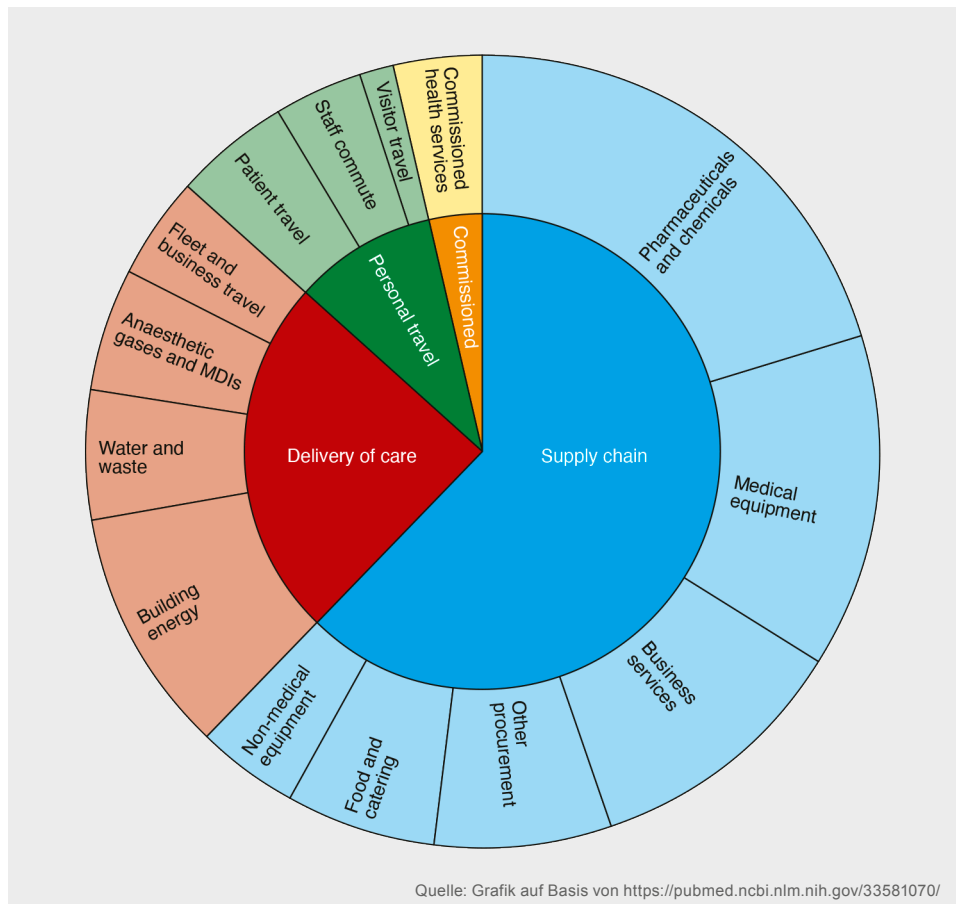
### Best Practice UK

Auch die Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens müssen ihren Beitrag zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels leisten. Der National Health Service (NHS) erhebt systematisch den Fußabdruck des britischen Gesundheitssystems. Seine Daten aus dem Jahr 2019 zeigen zum Beispiel, dass 62 Prozent der Treibhausgasemissionen des Gesundheitssystems auf die Lieferketten zurückzuführen waren, 24 Prozent auf die Erbringung von Langzeitpflege und zehn Prozent auf die An- und Abreise von Patienten, Besuchern und Personal. Einem Bericht der weltweit tätigen Gesundheitsorganisation Health Care Without Harm (HCWH) zur Folge, liegt der Anteil des deutschen Gesundheitswesens an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei 5,2 Prozent. In der Europäischen Union sind es 4,7 Prozent. Die Zahlen leiten sich – etwas verkürzt dargestellt – aus OECD-Statistiken unter Verwendung des MRIO-Ansatzes (Multi-Region Input-Output Modellierung) ab<sup>8</sup>. Sie unterstreichen

<sup>7</sup> Siehe hierzu: Stefanie Böhn, Maike Voss: Klimawandel und Gesundheit – Auswirkungen auf die Arbeitswelt, Gutachten für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Februar 2023

<sup>8</sup> Siehe dazu: HCWH Climate footprint report: Introduction and study methodology

## Emissionen im Gesundheitswesen, NHS England, The Lancet Planetary Health 2021



die hohe Verantwortung des Gesundheitssektors für eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks, verfügen aber für die Ableitung praktischer Maßnahmen nicht über die nötige Eindringtiefe.

### Der Klimawandel wirkt wie ein Vergrößerungsglas

Die Herausforderungen, die auf die Sozialsysteme zukommen, sind nicht neu. Sieht man von wenigen Phänomenen wie dem Einzug von tropischen Krankheitserregern wie dem Zika- oder dem West-Nil-Virus in europäische Gefilde einmal ab, trifft man auf bekannte Probleme. Was sich ändert, ist das Ausmaß. Der Klimawandel vergrößert wie durch eine Lupe die Risiken – Infektions-

### Fußabdruck NHS

Allein das Arzneimittelwesen trägt durch seine chemikalienintensive Produktion erheblich zur Umwelt- und Klimabelastung bei. Etwa 20 Prozent der Emissionen im Gesundheitsbereich werden durch pharmazeutische Produkte verursacht.



Francesca Colombo, Abteilungsleiterin für den Bereich Gesundheit bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – OECD

„Drei Prozent der Gesundheitsausgaben gehen in die Prävention. Das ist zu wenig. Die Sozialsysteme müssen sich hier fundamental ändern und die nötigen Investitionsmittel bereitstellen.“

krankheiten und Allergien, Hitze und UV-Strahlung, psychische Belastungen. Und er verschärft die strukturellen Probleme durch Über-, Unter- und Fehlversorgung in den Systemen. Dies gilt für unnötige, ressourcenintensive Behandlungen im Krankenhaus oder nicht therapiegerechte Verordnungen von Arzneimitteln oder genauso wie für die immer noch unzureichenden Investitionen in die Prävention. Dabei können gezielte, evidenzbasierte Aufklärungs-, Präventions- und Versorgungsangebote dazu beitragen, gesundheitliche Folgen des Klimawandels abzumildern oder zu vermeiden. Angesichts der durch den Klimawandel wachsenden Dimension der Risiken fordert die OECD einen grundsätzlichen Richtungswechsel und mehr Geld für die Prävention.

Investitionen in die Prävention rechnen sich. Eine Studie der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS)<sup>9</sup>, bei der die Daten aus über

300 Unternehmen aus 15 Ländern eingeflossen sind, hat gezeigt, dass der Return-on-investment von einem Euro bei Investitionen in betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz bei 2,2 Euro liegt. Es ist aber nicht allein eine Frage des Geldes. Der Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft sowie der Einsatz neuer, „grüner“ Technologien schafft auch neue Herausforderungen für Gesundheit und Arbeitssicherheit. Bei Biogas, Photovoltaik, Windkraftanlagen, Elektromobilität und Wasserstoff tun sich neue Felder auf. Im Umstieg auf nicht fossile Rohstoffe und kohlenstoffdioxidarme Produktionsprozesse müssen Risiken und Gefahren für viele Arbeitsplätze neu bewertet werden. Hier braucht es mehr Forschung, um die Risiken beurteilen und effektive Präventionsmaßnahmen entwickeln zu können. An dieser Stelle ist auch die Europäische Kommission gefordert.

Anlässlich der DSV-Fachkonferenz am 27. Juni 2023 brach Frank Siebern-Thomas, zuständig für faire grüne und digitale Transition sowie Forschung in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration für die Europäischen Kommission eine Lanze. Mit Blick auf das Forschungsförderungsprogramm Horizont Europa wies er auf rege Forschungstätigkeiten hin, die über das Programm finanziert würden. Mit Forschung allein sei es aber nicht getan. Es brauche Netzwerke und einen systematischen Austausch von Best Practices. Exemplarisch hob er die EU-Mission für klimaneutrale und intelligente Städte hervor, über die einhundert europäische Städte, darunter neun aus Deutschland, unterstützt werden, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Aufgabe der Städte ist es, einen Gesamtplan für Klimaneutralität aufzustellen, der auch entsprechende Investitionspläne für Sektoren wie Energie, Gebäude, Abfallwirtschaft, Verkehr und grüne Stadtplanung umfasst. An dem Prozess werden Bürgerinnen und Bürger, Forschungseinrichtungen und der Privatsektor beteiligt. Ein Vorbild für das Gesund-

<sup>9</sup> IVSS Forschungsbericht: Prävention lohnt sich: Kosten und Nutzen von Präventionsmaßnahmen zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für die Unternehmen, Genf 2013

heits- und Sozialwesen? Sicher ist, der Umbau in Richtung Klimaneutralität erfordert das Mittun aller Beteiligten, ein koordiniertes Vorgehen und eine Kommunikation, die gewährleistet, dass die Menschen mitgenommen werden.

### **Die Schere zwischen sozioökonomischen Status und gesundheitlichen Chancen darf nicht weiter aufgehen**

Die Europäische Kommission hat es sich ins Pflichtenheft geschrieben, die Transformationsagenda voranzutreiben. Der „Grüne Deal“ verpflichtet. Was bedeutet dies für den Gesundheits- und Sozialsysteme? Nun zum einen: Soziale Aspekte werden berücksichtigt. So verpflichtet das Maßnahmenpaket für den grünen Wandel „Fit for 55“ die EU, bei der Verwirklichung ihrer Klimaziele einen fairen und sozialgerechten Übergang zu gewährleisten. Dabei ist in Betracht zu ziehen, dass der Klimawandel sich nicht nur auf die Regionen ungleich stark auswirkt, sondern auch auf die Menschen: Einkommensschwache, Vorerkrankte, Ältere und Heranwachsende treffen die Folgen des Klimawandels stärker als andere. Sie können die in Folge der CO<sub>2</sub>-Bepreisung höheren Preise für Nahrung und Energie nicht stemmen, leben in den engen oder schlecht isolierten Wohnverhältnissen, haben eine angegriffene körperliche oder psychische Konstitution oder sind den belastenden Situationen länger und häufiger ausgesetzt – auf dem Bau, in der Landwirtschaft, in schlecht isolierten Produktionshallen. Im Rahmen des Fit for 55-Pakets ist zum Beispiel auch ein Klima-Sozialfonds enthalten, der besonders schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger sowie Kleinunternehmen bei Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und saubere Mobilität unterstützen will. In der Folge haben sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt, zur Abfederung überproportionaler finanzieller Belastungen von schutzbedürftigen Gruppen zielgerichtet Transferzahlungen zu leisten.



Frank Siebern-Thomas, Abteilungsleiter für faire grüne und digitale Transition sowie Forschung in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission

**„Durch den Klimawandel treffen neue Ungleichheiten auf bestehende Ungleichheiten. Wir haben eine massive soziale und gesellschaftliche Umwandlung vor uns. Der grüne Deal muss auch ein sozialer Deal sein.“**

---



Dr. Edlyn Höller, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung

**„Hitze ist eine Lebensgefahr. Für alle. Sie ist ein Problem bei der Arbeit – im Freien, aber auch in Innenräumen. Arbeitsschutz geht nicht ohne Klimaschutz.“**

---

Zum anderen darf es nicht aber ausschließlich um vulnerable Gruppen gehen. Das solidarische Gesundheitssystem und die Systeme der gesetzlichen Unfall- und der Rentenversicherung tragen Verantwortung für all ihre Versicherten. Und auch hier fehlen Daten, zum Beispiel zu Langzeitexpositionen gegenüber Hitze an Büroarbeitsplätzen oder dauerhaftem Arbeiten in Schutzkleidung.

### **Die digitale und grüne Transformation braucht Kommunikation**

Das medizinische Wissen über die direkten Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit ist mittlerweile gewachsen. In der Arbeitswelt hingegen ist man mit der Verknüpfung von Klimawandelfolgen und Gesundheit noch nicht ganz so weit. Da wo nötig, muss gezielt nachgearbeitet und mehr Wissen generiert werden. Hier sollte die EU ihre Kräfte weiter bündeln.

Die Resilienz von Sozialsystemen bezieht sich auf Schocks. Das hatte die COVID-19-Pandemie deutlich gezeigt und Kräfte freigesetzt, um die europäischen Systeme zu stabilisieren, anpassungsfähig zu machen und im Rahmen einer Europäischen Gesundheitsunion auf künftige Gesundheitsbedrohungen vorzubereiten. Auch der Klimawandel ist solch ein Schock.

Doch während soziale Zielsetzungen in der Klimapolitik bereits Berücksichtigung finden, sind klimapolitische Ziele in der Sozialpolitik noch weit weniger verankert. Das muss geschehen, denn die Risiken für die Gesundheit erhöhen sich und die Versorgung muss sich medizinisch, pflegerisch, personell und strukturell an sich verändernde Situationen anpassen. Hier sind alle Akteure gefordert. Dies gilt auch für die Notwendigkeit, die eigenen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

Auch die Digitalisierung wird hier ihren Beitrag leisten. Sie ist aber nur ein Instrument im Instrumentenkasten, der benötigt wird, die Klimawandelfolgen wirksam abzufangen und die Gesundheits- und Sozialsysteme resilient zu machen. Die digitale Transformation der Gesellschaften und der sozialen Sicherungssysteme stellt ihre eigenen Herausforderungen.

Veränderungen können ängstigen. Das gilt nicht nur für den Klimawandel. Es gilt genauso für den digitalen Wandel. Auf der DSV-Fachkonferenz war man sich einig; die Menschen müssen mitgenommen werden. Kommunikation kann dazu beitragen, das Bewusstsein zum Thema zu steigern, Menschen zum Handeln zu befähigen, sie zum Tun zu motivieren und die Akzeptanz für Maßnahmen zu erhöhen, auch wenn sie zum Teil mit Nachteilen für den Einzelnen verbunden sind. Die Kommunikation wird mit darüber entscheiden, wie gut die Transformationsprozesse bewältigt werden.

## **Kontakt**

Deutsche Sozialversicherung  
Europavertretung  
Rue d'Arlon 50  
1000 Brüssel  
Fon: +32 (2) 282 05 50  
E-Mail: [info@dsv-europa.de](mailto:info@dsv-europa.de)  
[www.dsv-europa.de](http://www.dsv-europa.de)

## **Impressum**

Verantwortlich für den Inhalt:  
Deutsche Sozialversicherung  
Europavertretung im Auftrag  
der Spitzenverbände der Deutschen  
Sozialversicherung

Direktorin: Ilka Wölfle, LL.M.

Redaktion:  
Ilka Wölfle, LL.M.  
Ulrich Mohr  
Markus Bourauel  
Carla Cramer  
Isolde Fastner  
Volker Schmitt

Produktion: mails and more –  
Service für Dialogmarketing GmbH

Grafik/Layout: Naumilkat – Agentur  
für Kommunikation und Design

Redaktionsschluss: September 2023

Bildnachweis:  
Fotos: Horst Wagner, Hamburg  
S. 1 iStock/nihatdursun  
S. 6 Europäische Kommission,  
Nachbildung  
S. 9 The Lancet, Nachbildung